

Mietpreisbremse in der Kritik: Immobilienwirtschaft warnt vor neuen Regeln

Die Immobilienwirtschaft warnt vor weiteren Verschärfungen im Mietrecht nach der Entscheidung zur Verlängerung der Mietpreisbremse. ZIA-Präsidentin Iris Schöberl betont, dass diese Maßnahme nicht zur Entspannung des Wohnungsmarktes beigetragen hat. Stattdessen sollten verstärkt Wohnraum und Neubauten gefördert werden. Erfahren Sie mehr über die Positionen des ZIA und die Herausforderungen am Wohnungsmarkt.



Alarm auf dem Wohnungsmarkt - Immobilienwirtschaft schlägt Alarm!

Die Bundesregierung hat entschieden: Die Mietpreisbremse wird verlängert! Doch während die Politik jubelt, schlägt die Immobilienwirtschaft mit wütenden Worten zurück. „Diese Maßnahme hat den Wohnungsmarkt nicht entspannt – das ist

ein Flop!“ ruft Iris Schöberl, die Präsidentin des Zentralen Immobilien Ausschusses (ZIA). Sie ist unmissverständlich: „Weitere Verschärfungen im Mietrecht wären jetzt Gift!“

Die Warnung ist deutlich, und der Druck auf die politischen Entscheidungsträger wächst. Die Mietpreisbremse, ursprünglich zur Bekämpfung des Mietwahnsinns eingeführt, zeigt sich als untaugliches Mittel, um dem akuten Wohnraummangel ein Ende zu setzen. „Wir brauchen dringend mehr bezahlbaren Wohnraum! Eines muss klar sein: Schaut nicht nur auf die bestehenden Gesetze, sondern schafft endlich neuen Wohnraum!“ so Schöberl weiter.

Die ZIA fordert einen Neuanfang

Mit jedem Eingriff in das Eigentum wird die ZIA kritischer. Die Mietpreisbremse sollte ein temporäres Instrument sein, doch nun wird darüber nachgedacht, sie dauerhaft zu implementieren. Ein weiteres Stigma, das die Immobilienwirtschaft mit aller Kraft abwehren möchte!

Positiv ist für die ZIA die Wendung in der Politik: Die Bundesregierung hat mit dem KfW-Programm für klimafreundlichen Neubau im Niedrigpreissegment und den angestrebten Erleichterungen im Baugesetzbuch den richtigen Kurs eingeschlagen. „Wir müssen diesen Kurs konsequent weiterverfolgen, damit die Investoren, die dringend neuen Wohnraum schaffen wollen, nicht weiter ausgebremst werden“, fordert Schöberl energisch.

Was tut die Politik?

Die ZIA begrüßt die neue Verantwortung der Kommunen. Sie müssen nun nachweisen, welche Maßnahmen sie gegen die angespannte Wohnungssituation ergreifen. „Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung“, lobt Schöberl und fordert mehr Transparenz und Engagement auf lokaler Ebene.

Im Gestrüpp der Mietrechtsreformen ist eine klare Botschaft zu erkennen: Die Politik muss einen Aktionsplan entwickeln, der mehr Wohnraum schafft und nicht weitere Reglementierungen, die nur in einem Überangebot enden. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist angespannt, und die Stimmen der Immobilienwirtschaft werden lauter denn je!

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA), vertreten durch rund 37.000 Unternehmen, hat sich nicht umsonst als Stimme einer gesamten Branche etabliert. Die Zeit für Veränderungen ist jetzt – denn die Deutschen brauchen dringend ein Zuhause!

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de